

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,75 Mk. ohne Porto. Einzelne Nummern 10 Pf. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Nummern 10 Pf. oberhalb der Hauptmannschaft 15 Pf. im amtlichen Fall (aus von Bedenken) die Stelle 10 Pf. — Einzelnummern 5 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 258

Sonnabend den 4. November 1922

88. Jahrgang

Speicherräume.

Der unterzeichnete Verband beabsichtigt seine am Bahnhof Dippoldiswalde gelegene Kraftwagenhalle während der Wintermonate als Warenspeicher zu verpachten.

Interessenten erhalten im Rathaus, Zimmer Nr. 15, nähere Auskunft. Kraftwagenklub-Verband Dippoldiswalde.

Kirchengemeindevertreter-Verammlung zu Dippoldiswalde

am 2. November 1922.

Anwesend 25 Vertreter. Entschuldigt fehlt Oberlehrer Unger. Weiter sind eine Anzahl Jünger erschienen.

In seiner Begrüßungsansprache wies Sup. Michael darauf hin, daß die heutige Tagung unter der Nachwirkung des Reformationsfestes stehe, wünschste mehr kirchliche Beteiligung innerhalb der Gemeinde, zu der die neue Kirchengemeindeordnung ja Gelegenheit gäbe und schloß mit der Hoffnung, daß es mit deren Hilfe gelingen möge, in unserer schweren Zeit die Kirche hindurchzuführen zu besseren Zeiten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß Buchbindermeister Kästner anlässlich des Bibeljubiläums der Kirche eine Altarbibel, sein Reisterbuch und tatsächlich ein Reisterbuch, schenkte und daß die Heimbürgin Kunze am 1. 10. 25 Jahre im Dienst war und beglückwünscht wurde.

Zu Punkt 1 nimmt man Kenntnis von verschiedenen Verordnungen ufm.; sie betreffen das von den seinerzeit abgelieferten (über 1 Million Kilogramm) Kirchenglocken übriggebliebene Metall (wird der Kirche eine kleine Entschädigung bringen); die Verwaltung der Kirchenglocken (die im Besitz von reichlichen Liegenschaften sich befindenden Kirchengemeinden können durch bessere Ausnutzung dieser Entschädigungsquelle auf Hilfe der Landeskirche verzichten zugunsten der armen Gemeinden, wie der hiesigen); die freiwillige Kirchensteuer (siehe weiter unten); die Gründung einer Pfarrbesoldungskasse im Lande, in die nach und nach alle kirchliche Einnahmen fließen und aus der dann sämtliche Geistliche gleichmäßig befoldet werden sollen; die Verfassung der Landeskirche, die nach der erfolgten Trennung von Kirche und Staat in Kraft treten wird (Druckereimptat 14 M.); die freischaffende Besoldung von Gaben für die Missionsnothilfe (auf die hauptsächlich die ländlichen Gemeindeglieder aufmerksam gemacht werden sollen); die sogenannte September-Bibel (Preis 7 M.) und die Reformationsfest-Ansprache (in dieser Zeitung bereits abgedruckt).

Genehmigung wird erteilt zur Verdoppelung der Entschädigung an den Kirchner und die Lütgebühren; zur Einreihung des Kirchneranteils in die Gehaltsgruppe 6; nachträglich zu der angenommenen Anleihe von 100 000 M., von der bis Ende Oktober 70 000 M. für Gehälter ausgegeben sind, und zu einer neuen Anleihe in gleicher Höhe. Diese Parole, bei der die Kirche aufgenommen, beanspruchen 12% Zinsen. Es soll versucht werden, billigeres Geld zu bekommen.

Hierzu wird ausgeführt, daß man, abgesehen von den Darlehen, bisher mit den Einnahmen von 1920 und 1921 wirtschaften mußte, daß man 1921 sogar nur eine vorläufige Kirchensteuer einheben konnte, da die endgültige durch den Reichsfinanzminister unmöglich gemacht wurde.

Für das laufende Jahr ist wiederum nur die Einhebung einer vorläufigen und noch dazu freiwilligen Kirchensteuer möglich, von der man Gebrauch machen will in der Weise, daß jedes Kirchengemeindeglied durch einen Steuerzettel aufgefordert wird, den im Vorjahre zu zahlenden Betrag an das Pfarramt abzuliefern und daß bei denen, die das unterlassen, der Betrag abgeholt wird. Damit hofft man bis zur endgültigen Regelung zu reichen.

Einerseits ist man mit der Verpachtung der Felder der Preisler-Stiftung gegen den Wert von 2,75 Zentner Roggen pro Scheffel und 300 M. zu einer Weihnachtsgabe für Arme. Ausdrücklich wird festgesetzt, daß man das hohe Pachtangebot nicht provozieren und daß man das Feld gern in kleinen Losen vergeben hätte, wenn dem nicht die gegenwärtigen hohen Bewirtschaftungskosten entgegengestanden hätten. (Früher wurden 170 M. Pacht erzielt.)

Zugestimmt wird der Verdreifachung (im allgemeinen) der Gebührensätze und der Reduzierung von Hausstrafen auch unter anderen als den jetzt geltenden Bedingungen gegen eine Gebühr von 500 M.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung gelangen Besuche des katholischen Prälaten in Freital-Deuben und der Vereinigung der Katholiken von Dippoldiswalde, Schmiedeberg und Umgebung zum Vortrag, in denen man monatlich einmalige Ueberlassung der Nicolalkirche zum katholischen Gottesdienst gebeten wird. Der Kirchenvorstand hat nach eingehender Aussprache mit 8 gegen 1 Stimme beschlossen, der heutigen Versammlung Genehmigung der Bitte vorläufig auf 1 Jahr vorzuschlagen unter der Voraussetzung, daß der evangelischen Kirche Schaden dadurch nicht erwächst und daß die katholische Kirche der evangelischen Kirche auf ähnliche Weise entgegenkommt. In letzterer Hinsicht sind Erkundigungen eingezogen worden mit folgendem Ergebnis: Kreisvorsitzmann von Rostitz-Wallwitz wies darauf hin, daß die Katholiken ihre Kirchen den Evangelischen überhaupt nicht zur Verfügung stellen können, da ihre Kirchengesetze das glatt verbieten. Trotzdem empfahl er in diesem Falle die Abweisung nicht, da sich Gelegenheiten, Gegenseitigkeiten zu verlangen, schon finden würden. Durch einen hiesigen Katholiken wurde festgestellt, daß in Bayern verschiedentlich Kirchen von beiden Konfessionen benutzt werden. Ein evangelischer Geistlicher in Bayern bestätigt das zwar, sagt aber hinzu, daß das nur der Fall sei dort, wo die Evangelischen ein Recht darauf hätten aus der Zeit der Gegenrevolution. In wenig Fällen gebe es reibungslos. Deshalb sei man auch meist auf Lösung des Verhältnisses bedacht. In den durchgeführten Fällen könnten die Evangelischen meist die Kirche behalten, während die Katholiken hinausgetan wurden. Er warnt dringend vor einem Entgegenkommen. Die katholische Kirche gehe

Geht zeitig zur Wahl!

Die Wahlzeit bei der am Sonntag stattfindenden Landtagswahl dauert vormittags von 9 bis nachmittags 6 Uhr. Es empfiehlt sich, mit Ausübung des Wahlrechtes nicht bis in die letzten Nachmittagsstunden zu warten, da erfahrungsgemäß bei Schluß der Wahlhandlung ein größerer Andrang von Wählern erfolgt. Nach den Bestimmungen der Landeswahlordnung dürfen nach 6 Uhr nur die Wähler noch zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren.

nur da mit uns, wo sie in der Minderheit stehe, sonst nie. Gebe man ihr den kleinen Finger, nehme sie bald die ganze Hand usw.

Nachdem festgestellt ist, daß die Kirchenvorstandsmitglieder an ihre Abstimmung nicht mehr gebunden sind, da die Voraussetzung des gleichen Entgegenkommens auf der anderen Seite nicht vorhanden sein kann, wird in eine ausgedehnte Aussprache eingetreten, in der die verschiedensten Ansichten zum Ausdruck kommen. Während man auf der einen Seite zu einem Entgegenkommen auch jetzt noch bereit ist, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die christliche Gesamtkirche Grund zum Zusammengehen und die evangelische Kirche im Kampfe um die konfessionelle Schule im Zentrum jedenfalls einen starken Bundesgenossen habe usw., sind andere Vertreter teils im Prinzip, teils infolge der Ergebnisse der Auskünfte und aus den verschiedensten anderen Gründen dagegen. Eingewiesen wird auf die geringe Zahl der Katholiken im Kirchspiel, auf die Jesuitengefahr, auf die Gefahr, daß man uns die Nicolalkirche mit der Zeit ganz entreißen könne usw. Ein Antrag, in der Sache eine Kirchengemeindeversammlung zu hören, wird abgelehnt. Die Besuche werden schließlich durch Zettelabstimmung mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Folgende Anträge des Ausschusses für innere Angelegenheiten erhebt man zum Beschluß: Versuchswelse finden Sonntags nachmittags (monatlich abwechselnd 4 und 6 Uhr) zur Pflege des Kirchenliedes Liedergottesdienste statt. — Für die Schulkinder werden Choral-Singstunden eingerichtet, da die Schule heute in dieser Hinsicht versagt. Schon jetzt können Schulkinder nur noch wenige Choräle singen. Man hofft, dazu ein Schulzimmer zu erhalten. (In der Aussprache kommt zum Ausdruck, die gesamte Lehrerschaft und insbesondere die Eltern möchten sich gegen die hier und wegen der Morgenandachten in der Schule in Frage kommenden Fleischerschen Verordnungen wenden.) — Montags früh 7, 8 Uhr findet für die Schulkinder eine kurze Andacht in der Kirche statt, wozu eine Glocke geläutet wird. — Warm traf Sup. Michael für Hausandachten in der Familie ein.

Wegen der schlechten Akustik der Nicolalkirche wird der Geistliche bei Begräbnissen probeweise von der Kanzel aus sprechen.

Angeregt wird, bei der Regierung anzufragen, ob die aus dem Stiftungsfonds seinerzeit verwilligten Mittel für die Chorpore in der Nicolalkirche noch vorhanden seien und wie es mit dem Ausbau stehe, dessen Zeichnung man bereits genehmigt habe. Der Vorsteher erwidert, daß mit den damals bereitgestellten 30 000 M. heute nichts zu machen sei und man deshalb auf bessere Zeiten warten müsse.

Die geprägte Jahresrechnung der Gemeindevorstande auf 1921 liegt vor.

Festgestellt wird, daß die Verringerung am Joch der großen Glocke den erwarteten Erfolg hatte, und angeregt, bei den anderen Glocken, oder doch bei der kleinen die gleiche Verringerung vorzunehmen.

Pfarrer Rosen gibt bekannt, daß der Werbefag für die evangelische Jungmännerliga in Dippoldiswalde in einem Familienabend am 18. 12. und im Festgottesdienst und Versammlung am 19. 12. bestehen werde, und ladet schon heute dazu ein.

Angeregt wird, daß bei besonderen kirchlichen Feiern und zur Morgenandacht der Schulkinder die Kirchengemeindevertreter abwechselnd den Ordnungsdienst übernehmen möchten. Die Anregung wird weiter verfolgt werden.

Eingewiesen wird auf die Kostspieligkeit des Heizens der Kirche (gegenwärtig 7—8000 M.) und auf die geringe Wirkung infolge des seltenen Heizens. Man werde es bald ganz unterlassen müssen. Der noch vorhandene Bestand soll für Weihnachten und den Kirchentag aufgespart werden.

Fraulein Hellriegel bittet um offene Hände für die Weihnachtsbesetzung der Gemeindevorstande.

Winter-Übernachtsdienst wünscht, daß die Kirche für die Alten und Bedürftigen, die nach keiner Seite hin Ansprüche haben, dauernd etwas tun möchte. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß dies das Arbeitsfeld für den Frauenverein sei, und empfiehlt die Gründung eines solchen auch in Übernachtsdienst.

Nach Erledigung einiger mehr innerer Angelegenheiten schließt Sup. Michael mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß das Interesse der Kirchenvertreter an der Arbeit mit der Arbeit wachse, und mit der Aufforderung, treu zu unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche zu stehen, wie die Reformation sie uns gebracht.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Um 100% erhöhten am vergangenen Montag die Brauereien ganz plötzlich ihre Preise. Beschlüsse zu fassen, dieser erneuten Belastung zu begegnen und auch all die andern Unforten und Preissteigerungen auszugleichen, fanden sich Donnerstag nachmittag die Mitglieder des Saalinhäuserverbandes in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und des hiesigen Gastwirtevereins im Bahnhof zusammen. Die Versammlung war verhältnismäßig schwach besucht, brachte aber mancherlei wichtige Erörterungen. Als die Niederschrift der letzten Versammlung verlesen und 3 Kollegen (aus Ummelsdorf und Frauenstein) neu als Mitglieder aufgenommen worden waren, ging man zum Hauptpunkt, Neuzeitsetzung der Verkaufspreise, über. Der Bierpreis wurde für helles oder dunkles Bier einheitlich auf 45 M. für das Glas, 30 M. für den

Schnitt festgesetzt. Ueber die Straße soll das Bier mit 80 M. verkauft werden. Für echte bayrische Biere hielt man 50 M. bez. 40 M. bez. 100 M. für angemessen. Weiterhin besprach man die Preise für Kaffee, Tee usw. und beschloß hier ebenfalls Mindestpreise, wie man auch solche für Tourtentanz, Garderobe, Eintrittsgeld festlegte. Die Preise sollen am Freitag den 3. November morgens in Kraft treten. Ohne Frage wird diese neuerliche Erhöhung sich auswirken in einem Rückgang des Konsums. Die Wirte sind aber außerstande, derartige Belastungen zu tragen, und hoffen auf wohlmeinende Aufnahme dieser Neupreise. Verschiedene interne, deswegen nicht minder wichtige Fragen kamen zur Besprechung, und erst nach bald dreistündigen Verhandlungen trennte man sich.

In der städtischen Turnhalle hielt Donnerstagabend die Kommunistische Partei eine Wahlversammlung ab, in der Reichstagsabgeordnete Erna Halbe referierte. Eingefunden hatten sich gegen 80 Personen. Die Referentin ging davon aus, daß die Kommunistische Partei des Landtages die sozialdemokratischen Parteien unterstützt habe, aber diese hätten die Interessen der Arbeiter nicht wahrgenommen. Alle Partei-Anträge zum Besten der Arbeiterschaft hätten wohl erfüllt werden können, stets aber habe man sich hinter entgegenstehende Reichsgeetze versteckt, auch dort, wo wie bei der Kartoffelversorgung solche nicht entgegenstanden. Die sächsische Regierung trieb keine Arbeiterpolitik. Eine sozialistische Regierung müsse viel mehr Verbindung mit der Arbeiterschaft haben und diese müsse sich sehr auf erstere stützen können. Die Politik der sächsischen Sozialdemokratie sei aber abhängig vom sozialistischen Partei-Programm Deutschlands gewesen. Und im Reich habe eine Volksherrschaft 1918 sei dem alten Staate nur eine andere Form gegeben worden, er sei noch immer der alte Klassenstaat, beherrscht vom Kapitalismus. Diese alte Profitwirtschaft müsse beseitigt werden und das könne nur geschehen, indem man den Produktionsprozeß den Kapitalisten aus der Hand nehme. Das sei 1918 nicht geschehen und jeglicher Antrag auf Sozialisierung sei abgelehnt worden. Der Kapitalismus bause aber immer weiter und habe jetzt eine neue Form geschaffen, die Stimmenerregung, wo nur einige wenige, wenn nicht eine einzelne Person, die Wirtschaft nach ihrem Diktat lenkt und leitet. Sämtliche Sachwerte lägen in den Händen der Kapitalisten; daher sei auch das Stimmens-Lubersack-Abkommen zwischen diesen beiden großen Kapitalisten und nicht den Regierungen abgeschlossen worden. Stimmens beherrsche Reichstag und Reichsregierung und das habe dahin geführt, daß alle indirekten Steuern auch von den Arbeiterschaftsvertretern bewilligt wurden. Man könne geteilter Meinung sein, ob erfüllt werden müsse, könne aber nicht gutheißen, daß vor allem so erfüllt werden müßte, daß der Arbeiter zahl und der Kapitalist sich drückt. Die Erfassung der Sachwerte ist nicht geschehen. Das Stimmens-Lubersack-Abkommen sei nur ein Mittel der Politik der Gewalt, vollzogen, um den französischen Kapitalisten wieder auf die Beine zu helfen. Weil Rathenau Bernunftspolitiker war und diesem Abkommen entgegenstand, mußte er sein Leben lassen. Der Nord war die Tat großer Kapitalistenkreise. Nach ihm war die Bahn frei für die profitgierigen Leute in Frankreich und in Deutschland. Für die Arbeiter werde nun noch eine schlimmere Zeit kommen als bisher. Wenn alles das, was das Abkommen fordert, erzeugt werden solle, dann müßte fürchtbar gearbeitet werden und 10, 12 Stunden täglich langten da nicht. Und dazu zeige sich die Reaktion schlimmer denn je, was zu den Vorgängen vor dem Zirkus Busch in Berlin geführt habe. Die sozialistische Regierung rufe wohl immer die Arbeiter auf zu Demonstrationen, sie tue aber nichts für die Arbeiterschaft. Daher müsse eine Organisation gesucht und geschaffen werden, die helfen könne. Diese sei die kommunistische Partei im Reichsbetriebsrats-Kongreß. Eine Massenbewegung aus der Arbeiterschaft heraus müsse ihn bringen, und wenn er getagt, müßten Kontrollausschüsse die Durchführung seiner Beschlüsse überwachen. Die Befreiung der Arbeiterklasse könne nur ihr eigenes Werk sein. Sich friedlich zum Sozialismus zu reformieren ist ein Unbding, nur Kampf könne das Ziel ertingen. Die kommunistischen Abgeordneten versprächen keine goldenen Berge, aber dessen könne jeder Wähler sicher sein, daß sie jede Bewegung im Lande unterstützen würden zum Kampf gegen den Kapitalismus. Eine Arbeiterregierung unter kommunistischer Führung würde sich dadurch hervorheben, daß sie sich auf die Arbeiter im Lande und nicht auf bürgerliche Vertreter des Landtages stützen würde. Wer dafür sei, dem Kapitalismus die Zähne zu zeigen, wer sich dessen bewußt sei, daß der Sozialdemokrat so nicht weiter gehen könne, der müsse kommunistisch wählen. Zu einer Debatte kam es nicht, da sich niemand zum Wort meldete, trotzdem wohl die Mehrzahl der Anwesenden anderen Parteien angehörte als der der Referentin. So nahm diese sofort das Schlusswort. Sie bedauerte das Fehlen von Mut, ihr entgegenzutreten. Große schwerwiegende Fragen seien jetzt zu entscheiden: ob die Arbeiterschaft mit dem Koalitionsprogramm „fortwurzeln“ oder zum Klassenkampf zurückkehren wolle. Die kommunistische Partei wolle nicht sofort die Revolution, sie wolle aber die Arbeiterschaft befreien von dem Gedanken, daß wir in ruhiger Entwicklung den Sozialismus bekommen würden. Die Gleichgültigkeit müsse bekämpft, die Kraft zum Kampfe gestählt werden. Mit einem Hieb solle kein Baum, auch der Kapitalismus nicht. Schlag auf Schlag müsse ihm verjert werden; denn Arbeiterschaft und Kapitalismus hätten nichts gemein. Die kommunistische Partei wolle die Arbeiterschaft zusammenführen und wach erhalten zur Durchführung der sozialen Revolution, die eine Befreiung sein werde vom Kapitalismus. Ein friedlicher Weg führe nicht dorthin. Bereits 10 Uhr war die Versammlung zu Ende.

Hirschbach. Zu dem Bericht in Nr. 255, Kartoffeldiebstahl betreffend, wird uns mitgeteilt, daß Verdachtsgründe nicht vorliegen und auch nichts gefunden wurde, was zu einer Verächtigung Anlaß geben könnte.

Frohburg. Auch ein Zeichen der Zeit. Bei einer hiesigen öffentlichen Kasse wurde dieser Tage ein Betrag von 300 000 M. in kleineren Scheinen abgeliefert, so daß der Ueberbringer sich eines Rucksacks, voll gepackt, bedienen mußte.

Barthous Programm.

Aus Berliner parlamentarischen Kreisen schreibt man zu den augenblicklichen Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission folgendes:

„Die Erörterung führt sich zu auf die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung als dem Kernproblem des deutschen Wiederaufbaues. Auch der Reichskanzler Dr. Wirth hat sich dahingehend ausgesprochen, daß er die Stabilisierung der Währung als die wichtigste Aufgabe halte, und in dieser Hinsicht ist anscheinend äußerlich eine Uebereinstimmung zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission hergestellt worden. Diese Uebereinstimmung, so theoretisch sie auch erscheinen mag, bedeutet eine gewisse Zurechtweisung der öffentlichen Meinung. Gerade die Stabilisierung der deutschen Währung ist mit schönen Worten und mit heißen Maßnahmen nicht zu erreichen. Wir erinnern in diesen Zusammenhänge an die Vorbemerkungen, die Bradbury seinem Memorandum zur Reparationsfrage vorangestellt hat. Bradbury weist darauf hin, daß selbst im Falle eines Nachlasses der gesamten Reparationsverpflichtung an eine baldige Stabilisierung der deutschen Währung nicht zu denken wäre, sofern man nicht eine sofortige Aktion in diesem Sinne einleitet. Diese Aktion sieht bis dahin noch aus, und wir haben keinerlei greifbare Vorschläge, weder was den Erlaß der Reparationsschuld anbetrifft, noch was die Gewährung einer internationalen Anleihe oder dergl. Vorschläge mehr sind. Das Ziel der englischen Politik ist anscheinend die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Man ist sich darüber klar, daß das deutsche Wirtschaftsleben durch die Inflation so ausgehöhlt, so unterwühlt ist, daß es einer langen Zeit bedürfen wird, bis man von einer Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit sprechen können, selbst dann, wenn von Reparationen gar keine Rede mehr sein sollte. Frankreich besteht auf die Reparationsleistungen in bar und in Sachleistungen und behauptet gleichzeitig, daß die Stabilisierung der deutschen Währung notwendig wäre. Das ist ein innerer Widerspruch und befaßt nicht mehr und nicht weniger, daß es der französischen Politik gegenwärtig nicht darauf ankommt, etwa die deutsche Währung zu stabilisieren, die deutsche Wirtschaft wieder gesund werden zu lassen, sondern einzig und allein von der deutschen Regierung zu verlangen, die im Friedensvertrag von Versailles nicht begründet sind und die alsdann das Einmarschrecht Frankreichs für alle Zeiten sicher stellen würden. Es wäre nützlich, wenn die deutsche Regierung die nächste sich bietende Gelegenheit benutzen würde, darauf hinzuweisen, daß selbst im Falle des Nachlasses der Reparationsschuld Deutschland bankrott ist und auswärtiger Hilfe und auswärtiger Anleihen bedarf.“

Die Not der Sozialrentner.

Neue Maßnahmen der Reichsregierung.

Durch eine neue Verordnung der Reichsregierung sind mit Wirkung vom 1. Oktober die Höchstgrenzen, bis zu denen die Gemeinden bei der Festsetzung des Sozialrentners zustehenden Gesamtjahres Einkommens gehen dürfen, für die Empfänger von Invaliden- oder Altersrente auf 18 000 Mark, für die Empfänger von Witwenrente auf 15 000 Mark, für die Empfänger von Waisenrente auf 7 000 Mark erhöht worden. Bei der Berechnung des Gesamteinkommens wird nach der Verordnung außerdem ein Arbeitseinkommen bis zum Betrage von 12 000 (bisher 4 000) Mark, sowie Bezüge aus den Militärversorgungsgesetzen, der knappschaftlichen Versicherung usw. bis zum Betrage von 4 800 (bisher 1 200) Mark anrechnungsfrei bleiben. Außerdem sind Vorkehrungen getroffen, um die Rentenempfänger schneller als bisher in den Genuß der erhöhten Bezüge zu setzen.

Es muß anerkannt werden, daß die Verordnung sich demnach, in: Act a e der Sozialrentner zu widern. Aber es ist selbstverständlich, daß auch diese Maßnahmen der Not der Sozialrentner in keiner Weise gerecht werden. Hier helfend einzugreifen, ist Aufgabe der „Deutschen Volksgemeinschaft zur Linderung der Notlage der Erwerbsunfähigen“, die soeben gegründet worden und von der zu erhoffen ist, daß ihr schnell und reichlich Mittel zustießen.

Die Währungskonferenz.

Eröffnungssprache des Reichskanzlers.

Die vom Reichskanzler einberufene Währungskonferenz der internationalen Sachverständigen ist mit einer Begrüßungsansprache des Kanzlers eröffnet worden. Der Kanzler wies darauf hin, daß die Frage der Stabilisierung der Währungen nicht nur eine spezifische Angelegenheit der von dem Währungsverfall betroffenen Länder, sondern eine gesamteuropäische Angelegenheit, ja sogar eine Angelegenheit der ganzen Weltwirtschaft ist. Die Reichsregierung habe das Bedürfnis gehabt, zu hören, wie man dieses Problem vom Auslande aus ansieht, und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladungen an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genua und insbesondere das Sachverständigenkomitee habe sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutendes Gutachten darüber erstattet, aus dem der Kanzler folgenden Satz in die Erinnerung zurückruft:

„Wenn die äußere Schuldenlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt, und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihe Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Wäerte in anderen Ländern gestört werden, und daß weiter eine fortgeschrittene Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vollständig hindert, irgend einen Anlaß in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen.“

Dieses Gutachten ist, so führte der Kanzler weiter aus, damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes, einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handele es sich darum, und das sei die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet werde, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und ein Gutachten darüber abzugeben:

1. In unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?

2. Wenn nein: welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?

3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Das seien Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Fragen werde sicher im Inlande und Auslande mit Spannung erwartet und tiefste Beachtung finden.

Abfagen an Mussolini.

Die Botschafterflucht.

Wie der italienische Botschafter in Paris, Graf Sforza, haben nun auch der Botschafter in Berlin, Frassati, sowie der Botschafter in den Vereinigten Staaten, Rolando Ricci, in Anbetracht der veränderten politischen Lage die faszistische Regierung um Enthebung von ihren Posten gebeten.

Als Nachfolger Frassatis ist der Baron d'Abbazano, der Generalsekretär der Konferenz von Genua war, zum italienischen Botschafter in Berlin ernannt worden. Der Pariser Kollege Frassatis, Graf Sforza, der ebenfalls sein Rücktrittsgesuch beim Ministerium des Auswärtigen in Rom eingereicht hat, ist durch Mussolini in strengem Tone telegraphisch aufgefordert worden, im Amte zu bleiben und der Regierung keine Schwierigkeiten zu machen.

Frassati, der Italien seit dem Februar vorigen Jahres in Berlin vertrat, war seit jeher ein entschiedener Gegner der Faschisten, deren rücksichtslose Kampfweise er stets aufs Schärfste verurteilte. Als Leiter und Eigentümer des Turiner Blattes „Stampa“ war er während des Krieges als einer der wenigen italienischen Politiker mutig gegen die Beteiligung Italiens am Weltkriege aufgetreten. Auch nach dem Kriege trat er stets für eine Politik der Wahrung und Bernunft ein. Während seiner Amtstätigkeit in Berlin hat er immer im Sinne der Versöhnung gewirkt und sich mit Entschiedenheit für die Wiederherstellung guter deutsch-italienischer Beziehungen eingesetzt. Sein Rücktritt bedeutet deshalb einen schweren Verlust für Deutschland. Die Berufung des Barons Abbazano, der sich in Genua um die Vermittlung der Gegensätze, die zwischen den Alliierten und Deutschland bestanden, sehr verdient gemacht hat, läßt hoffentlich darauf schließen, daß die Deutschland gegenüber betriebene italienische Politik unverändert bleiben soll.

Die Novembergehälter.

25 Prozent unter Vorbehalt angenommen.

Bei den Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Beamten hatten die Organisationen außer einer Nachzahlung für Oktober eine Erhöhung des Novembergehalts um 12 000 Mark gefordert. Davon sollten 8 000 Mark als Feuerungszuschlag und 4 000 Mark als Kopfschlag gezahlt werden.

Der Regierungsvorsteher erklärte gegenüber diesen Forderungen, daß die Forderungen für November gar keine Verhandlungsgrundlage für die Regierung sein könnten und daß er mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches sowohl die geforderte Nachzahlung für Oktober als auch den Kopfschlag ablehnen müsse. Nach längerer Debatte einigte man sich auf den Regierungsvorschlag, der eine Erhöhung der gesamten Feuerungszuschläge zum Grundgehalt einschließlich der Ortszulagen und der Kinderzulagen von 11 auf 49 Prozent vorsieht und eine 25prozentige Erhöhung der Gesamtbezüge darstellt. Die Vertreter der Organisationen erklärten sich mit diesem Angebot einverstanden unter der Voraussetzung, daß die hier getroffene Regelung nur als eine vorläufige anzusehen sei, und daß es den Organisationen vorbehalten bleiben müsse, zu einem späteren Zeitpunkt über die endgültigen Novemberbezüge mit der Regierung zu verhandeln. Der Vertreter der Reichsregierung nahm dies zur Kenntnis.

Die Regierungsvorlage wird nunmehr nach Zustimmung des Kabinetts dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Absetzung des Sultans.

Die Türkei — Republik?

Die große türkische Nationalversammlung in Angora hat offiziell die Absetzung des Sultans beschlossen. Kiam Karabekir Pascha sei zum Generalgouverneur von Konstantinopel ernannt und aufgefordert worden, sich sofort dorthin zu begeben, um sein Amt zu übernehmen.

Wie das Blatt weiter meldet, hat die Nationalversammlung für den Sultan keinen Nachfolger bestimmt, sich aber vorbehalten, einen Staatschef ohne dynastische Rechte zu wählen. Sie habe schließlich das Volk für souverän erklärt und beschlossen, die Bezeichnung Osmanisches Reich durch Türkisches Staats zu ersetzen, was der Proklamation einer Republik gleichkomme.

Von einer Abdankung bezw. Absetzung des Sultans ist bereits verschiedentlich die Rede gewesen. Der gegenwärtige Sultan hat sich durch sein nachgiebiges Verhalten gegenüber den Alliierten die Sympathien der Kemalisten in vollem Maße verschert, der Beschluß der Nationalversammlung kann daher nicht weiter wundernehmen. Anders dagegen sieht es mit der Abschaffung der Sultanswürde und der Proklamation des Osmanischen Reiches zum Freistaat aus. Diese Nachricht klingt wenig glaubwürdig, denn man kann wohl kaum annehmen, daß gerade die Türkei die Würde des Kalifen, der als Nachfolger Mohammeds als das weltliche und geistliche Oberhaupt der ganzen mohammedanischen Welt gilt, preisgeben würden.

Politische Rundschau.

General Gourand, der bisherige französische Oberkommissar in Syrien, ist zum Mitglied des Obersten Kriegsrates ernannt worden.

Die Regierung von Angora erklärt sich mit der Wahl Kaufmanns für die Orientkonferenz einverstanden, protestiert jedoch gegen die Hinzuziehung der Konstantinopeler Regierung zu den Friedensverhandlungen.

Nach einer Neutermelung aus Washington haben die Vereinigten Staaten die Einladung der Alliierten zu aktiver Teilnahme an der Kaufmann Konferenz formell abgelehnt.

Eine Erklärung Ludendorffs. General Ludendorff läßt eine Erklärung verbreiten, in der er der Behauptung entgegentritt, daß „politische Mordanschläge in der Begrüßung liegen, von der er eine Wiederaufrichtung des Volkes erhofft“. „Einen Mordanschlag oder Gewalttat gegen Männer auf verantwortlichem politischem Posten, auch wenn mir ihr Wirken den Belangen des Vaterlandes zuwiderlaufend erscheint, würde er“, so heißt es weiter, „als eine Verurteilung gegen die Wiederaufrichtung desselben betrachten“.

Die Minderheitschulen in Oberschlesien. Trotz der vor mehreren Monaten erfolgten Aufforderung der Regierung und trotz sehr erleichterter Formalitäten ist bisher in Deutsch-Oberschlesien nicht ein einziger Antrag auf Errichtung von polnischen Minderheitschulen eingegangen, so daß von ihrer Einrichtung vorläufig Abstand genommen werden mußte.

Zusammentritt des Reichstages erst am 13. November. Mit Rücksicht auf die schwebenden Reparationsverhandlungen wird der Reichstag, der ursprünglich auf den 7. November einberufen war, erst einige Tage später zusammentreten. Für den Zusammentritt ist der 13. November in Aussicht genommen.

Ein neuer Kriegsbekundigtenprozeß. Vor den Reichsgericht findet am 17. November ein neuer Kriegsbekundigtenprozeß statt. Es wird verhandelt gegen den Landsturmmann Gröner wegen angeblichen Diebstahls und Plünderung, die er in Charleroi (Belgien) verübt haben soll. Der Angeklagte befindet sich in Untersuchungshaft. Die französische Regierung hat zwar in der Pariser Kammer erklärt, sie verzichte auf weitere Verhandlungen vor dem Reichsgericht, sie werde diese vor französischen Richtern führen lassen. Da indessen dem Reichsgericht von der Enquete eine entsprechende amtliche Mitteilung nicht zugegangen ist, muß dieses in der Abwicklung des „Programmes“ fortfahren.

Die Gewerkschaften für aktive Währungsreform. Die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben dem Reichskanzler, dem Reichsminister und den Parteien eine Denkschrift überreicht, in der sie eine Reihe von Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Zerfalls der Mark-Währung vorschlagen. Zur Stärkung der Mark wird die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe vorgeschlagen, für die eine sichere Deckung geschaffen werden soll, eventl. durch Heranziehung eines Teils der Reichsbankgoldreserven. Ferner werden folgende Maßnahmen in Vorschlag gebracht: beschleunigte Steueranziehung bei den bestehenden Klassen, praktische Ausgestaltung der Devisenkontrolle, Verhandlungen zur Erreichung einer Auslandsanleihe, Durchführung einer größeren Durchsichtsmachung der Kartelle, Sympakate und Trusts, Sparbarkeit und Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen. Schließlich erwarten die Gewerkschaften von der Reichsregierung die baldige Vorlegung eines großzügigen Produktionssteigerungsplanes, der die Friedfertigkeit der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert.

Der Präsident des Völkerverbundes, da Cunha, hat sämtliche Regierungen aufgefordert, die Resolution der ersten Völkerverbundsversammlung über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Antiepaes zur Herbeiführung einer Rüstungsbeschränkung zu studieren.

Bei den englischen Gemeinderatswahlen haben die Arbeiter eine schwere Niederlage auf Kosten der Konservativen erlitten.

Der französische Schriftsteller Alfred Capus ist an den Folgen einer Operation gestorben. Capus war seit 1914 politischer Leiter des „Figaro“.

Frankreich: Die Antwort der Türken „befriedigend“.

In französischen Regierungskreisen betrachtet man die Haltung der Türkei, die Note der Regierung von Angora, in der diese dem Zusammentritt der Friedenskonferenz in Kaufmann zustimmt, als befriedigend. Was den Einwand wegen der Hinzuziehung der Regierung von Konstantinopel anlangt, so sieht man auf dem Standpunkt, daß er die Alliierten nicht verärgere und daß es Sache der leitenden Persönlichkeiten in Konstantinopel und Angora sei, sich wie bei den vorangegangenen Verhandlungen untereinander über ihre Vertretung in Kaufmann zu verständigen. — Wie Davaos aus London meldet, wird die Besetzung der Vertretung der Konferenz von Kaufmann entfallen. Der Sultan erkenne die kemalistische Delegation an.

England: Der englische Wahlkampf.

Die Neigungen zwischen den Konservativen und den Lloyd-George-Liberalen nehmen zu. Es sind bereits fünf früheren Ministern Lloyd Georges konservative Kandidaten entgegengestellt worden. — Lloyd George leidet an einer Halsentzündung und mußte die in Bristol angesetzte Rede ablesen. Die Ärzte glauben, daß er in wenigen Tagen die Wahlkampagne wieder fortsetzen kann.

Irland: Neuer Kampf mit den Aufständischen.

Nach mehrwöchiger Kampfruhe beginnen die Aufständischen sich wieder zu rühren. Eine Abteilung Aufständischer griff in Irland mit Unterstützung eines Panzerautos die Station von Clifden an und zwang sie zur Kapitulation. Auf beiden Seiten gab es mehrere Tote. 30 Mann Regierungstruppen wurden gefangen genommen.

15 000 Studenten in den Bergwerken.

Berlin, 2. November. In den letzten akademischen Ferien sind von den rund 90 000 deutschen Studenten nicht weniger als 40 000 auf Arbeit gegangen, davon 15 000 in Bergwerken.

Einschränkung der interalliierten Militärkontrollen.

Berlin, 2. November. Bei der Reichsregierung ist eine Note der Alliierten eingegangen, in der diese die deutsche Regierung zu Verhandlungen einladet, um über die Frage einer Abschaffung der interalliierten Militärkontrollkommission und Einsetzung eines Militärkontrollkomitees, das einen wesentlich geringeren Umfang haben soll, als die Kontrollkommission, zu verhandeln. Die Reichsregierung hat diese Einladung angenommen, jedoch ist bisher mit den Verhandlungen begonnen worden.

Der 9. November in Berlin.

Berlin, 2. November. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, den 9. November, den Jahrestag der Revolution, durch vollständige Arbeitsruhe in allen Großberliner Betrieben zu feiern.

Niederlage der englischen Arbeiter.

London, 2. November. Bei den Gemeinderatswahlen, die gestern in ganz England und Wales stattfanden, hat die Arbeiterpartei eine schwere Niederlage erlitten. Besonders die Industriestädte im Norden haben gegen die Arbeiterkandidaten gestimmt. In der Provinz haben die Arbeiter 168 Sitze verloren, von denen 101 an die Konservativen und der Rest an die Liberalen fielen. In den Wahlbezirken London-Süd und West verloren sie sämtliche 54 Sitze. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Unterhaus ist der Ausfall der Gemeinderatswahlen von besonderem Interesse.

Soziales.

Mittelstandsheime des Roten Kreuzes. Das deutsche Rote Kreuz hat im Jahr eine Anzahl von Erholungsheimen für bedürftige Angehörige des Mittelstandes eingerichtet, denen der Aufenthalt in Gasthöfen oder Pensionen bei den jetzigen Preisen unerschwinglich ist. Unter diesen Heimen wird das Walter-Anna-Heim in Bad Dargatzburg und das Rotkreuzhaus „Dahlem“ bei Goslar auch der Winter über geöffnet bleiben, wenn genügend Anmeldungen beim Hauptverband des deutschen Roten Kreuzes in Berlin, Palanenstraße 23, eingehen. Das Rotkreuzhaus „Dahlem“ ist vom Bahnhof Goslar zu Fuß in 20 Minuten zu erreichen, es liegt unweit der Straße nach Hahnenklein am Abhang des Steinberges. Der Preis in beiden Heimen beträgt außer Heizung, Beleuchtung und Bedienung 200 M. täglich. Auch bei weiterer Steigerung der Heizung wird der Preis so niedrig wie möglich gehalten werden.

Die Zahl der organisierten Gewerkschafter. Nach einer Mitteilung des Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betrug die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt für 1921 7 567 978, davon weibliche Mitglieder 1 518 341 und jugendliche Mitglieder 153 225. Den stärksten Bestand hatten die Metallarbeiter mit 1 562 885 Mitgliedern aufzuweisen; dann folgten die Fabrikarbeiter mit 653 204, die Handarbeiter mit 636 414 Mitgliedern. Die Einnahmen betrugen im Jahr 1921 1 249 284 347 M., die Ausgaben 904 371 573 M. das Vermögen 508 676 066 M. Richtig ist die Angaben der gesamten Verwaltungsgesellschaft (274 552 023 M.) entfällt die größte Zahl der Ausgaben auf die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe (257 650 099 M.). Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften (Kirch- und Arbeitervereine) betrug am Ende des Jahres 1921 224 597 (Vermögen 8 641 176 M.), die der christlichen Gewerkschaften 1 028 900 (Vermögen 83 659 646 M.).

Handelsteil.

Berlin, den 2. November 1922. Die Börse war heute nur für den Devisenhandel offen. Die Aufwärtsbewegung der fremden Devisen geht unaußersächlich weiter. Die schwedischen Währungsverhandlungen haben die Nervosität aufs höchste angepannt, und die Unsicherheit des Marktes nimmt von Tag zu Tag noch zu. Trotzdem gingen die Kurse schon in den heutigen Vormittagsstunden in raschem Tempo weiter in die Höhe. Der Dollar überstieg die Spanne von mehreren hundert Mark, um an der Börse knapp vor der 5000-Mark-Grenze halt zu machen.

Effekten konnten nach den neuen Bestimmungen heute auch nicht im freien Verkehr gehandelt werden. Im Verkehr von Bureau zu Bureau war jedoch lebhaftes Geschäft, die gestrige Panik setzte sich fort. Auch die unnotierten Werte waren durchweg höher.

Von nächster Woche ab sollen auch am Dienstag und Donnerstag keine Effektenbörsen stattfinden, so daß die Börse nur noch Montag, Mittwoch und Freitag für den Effektenhandel frei ist.

Tote, welche leben.

(47. Fortsetzung.)

„Etwas enttäuscht sah ihm Rolf Irwein in die Augen.“

„Das wird uns wenig helfen, meinst du nicht auch?“ fragte er.

Der Freund sah ernsthaft vor sich hin.

„Nun, vor allem anderen bedürft es wieder die Annahme, daß eine dritte, uns unbekannt Person zu den Vorgängen dieser Nacht in Verbindung steht. Dann aber läßt es auf den Beweggrund schließen, der Werner Irwein in das Jägerhaus führte und nach dem wir bisher vergeblich gesucht haben. Er hatte dort offenbar mit dieser Person eine Zusammenkunft, um Dinge zu erfahren, die für ihn von großer Wichtigkeit sein mußten und die sich nur unter vier Augen besprechen ließen. So wenigstens fasse ich den Zusammenhang dieser einzelnen Worte auf. Hier nun ist das kleine Städchen der Anschrift. Es steht nichts darauf als „Werner“. Daß es aber sicher zu den Briefresten gehört, geht daraus hervor, daß überall derselbe Fehler in den Typen sichtbar ist. Sieh dir dieses an, Rolf. Rechts oben fehlt das Häkchen, und derselbe Mangel zeigt sich auch auf dem Restchen des Briefumschlages.“

„Der Brief kam nicht durch die Post,“ sagte Rolf, sich näher über den Tisch beugend; „die Stelle für die Marke ist leer, und am Rande ist die Spur eines schmutzigen Fingers sichtbar.“

„Du hast scharfe Augen,“ antwortete Ernst Richter lächelnd; „aber du folgerst falsch. Die Marke kann auf einen anderen Platz geklebt worden sein, und der Abdruck kann von Weinharts Hand herrühren.“

„Ich trug aber meine Jagdhandschuhe,“ warf der Förster ein.

„Nun gut. Wir wollen annehmen, daß der Brief durch einen Boten kam. Es ist sogar wahrscheinlich. Die Unterredung war jedenfalls für den Schreiber sehr wichtig, und vielleicht fürchtete er die Unzuverlässigkeit der Landpost.“

„Jedenfalls haben wir durch Ihren Fund einen weiteren Schritt vorwärts getan,“ sprach nun Rolf Irwein, dem Förster die Hand reichend; „und gut war es, daß Sie uns sofort davon verständigt haben. Halten Sie nur ein wachsames Auge auf den Eulenhorn und berichten Sie uns über alles, was in ihm und um

An der Produktenbörse war die Tendenz äußerst fest. Das Angebot aus der Provinz blieb klein, aber auch die Nachfrage ist nicht bedeutend. Das Geschäft bewegte sich insoweit in engen Grenzen.

Der Stand der Markt.

Table with 3 columns: Commodity, 2. 11., 1. 11., 1914. Rows include Dutch Guilder, Belgian Franc, Danish Crown, Swedish Crown, Italian Lira, English Pound, Dollar, French Franc, Swiss Franc, and Dutch Crown.

Die Notgemeinschaft.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Im Reichsarbeitsministerium wurde unter den Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns die Gründung einer „Deutschen Notgemeinschaft zur Beseitigung der Notlage der Erwerbsunfähigen (Sozialrentner, Kleinrentner, Witwen und Waisen)“ beschlossen. Das Hilfswerk wird eingeleitet durch die Veröffentlichung eines vom Reichspräsidenten, Reichsarbeitsminister und allen wirtschaftlichen, kommunalen und karitativen Spitzenverbänden unterzeichneten Aufrufs an dem es u. a. heißt:

Schwer leiden sogar die in Lohn und Brot stehenden. Unvergleichlich schwerer aber lastet die Not auf Tausenden deutscher Volksgenossen: insbesondere auf den invaliden, Witwen, die ebedem fleißig und redlich geschafft haben, und heute, ein Opfer ihrer Arbeitsunfähigkeit, nicht wissen, wie sie ein Dasein bestreiten sollen. Das kaum noch als Leben anzusprechen ist.

Reich, Länder und Gemeinden haben Milliarden für die Notleidenden in Deutschland aufgewandt und werden das auch ferner bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit tun. Aber die Not ist zu groß, die öffentlichen Mittel allein reichen nicht aus. Hunderttausende bleiben trotz allem auf weitere Unterstützung angewiesen. Ihnen zu helfen, ruft wir das deutsche Volk auf.

Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe Arbeitgeber und Arbeitnehmer mögen sich in Einmütigkeit zusammen, um das Hilfswerk zu fördern.

Jede Art der Hilfe — Geld, Lebensmittel, Gegenstände des täglichen Bedarfs — ist willkommen! Ihr, die ihr noch kräftig und erwerbsfähig seid, gedenket jener, die dem Elend preisgegeben sind!

Zunächst soll nach der Erklärung des Ministers der dringendsten Not der jeder Hilfe baren deutschen Volksgenossen gesteuert werden. Man will zunächst im Abgabe von Geldern und Waren bitten, von der Landwirtschaft insbesondere erhofft man die Bereitstellung großer Mengen von Lebensmitteln. Die deutsche Arbeitererschaft soll die Erträge einer freiwillig zu leistenden „sozialen Ueberstunde“ zugunsten dieser Aktion abführen. Für diese Seite der Sammlung haben die Gewerkschaften weitestgehende Unterstützung zugesichert. Die Verwendung der Gaben soll zunächst lokal erfolgen und insbesondere zunächst nur die der Armenpflege anheimfallenden Personen unterstützt werden.

Aus Stadt und Land.

Der falsche Körperschutz. Ein junger Schreinergehilfe Kronenberg aus Hannover, den der Ehrgeiz packte, die bunte Studentenmütze zu tragen, verstand es, sich unter Schwindelanlagen in Freiburg im Breisgau bei einem der ersten Korps als Fuchs auszuweisen zu lassen. Heimlich arbeitete er aber in seinem Beruf weiter, um sich das Geld zu verschaffen.

das er „auf der anderen Seite seines Lebens“ brauchte. Aber der mit Säge und Hobel erworbene Verdienst reichte nicht aus, und Kronenberg stahl seinem Leiblichen Anzüge, Mäntel und Schuhe. Da er merkte, daß das Korps, welchem Würdigen es sein Band verliehen hatte, das Schöffengericht bestrafte den zweimal wegen Betrugs vorbestraften Kronenberg mit sieben Monaten Gefängnis.

Ein roher Burke. Der 12jährige Schüler Franz Brader aus Stallupönen fiel eine geringfügigen Anlaß über den siebenjährigen Schüler Bromberger her und schlug auf ihn mit einem eisernen Haken ein, so daß Br. bewußtlos zusammenbrach. Nun lud Brader den Bewußtlosen auf einen Handwagen, fuhr mit ihm zum Torbruch und warf ihn hinein. Bromberger hatte aber das Bewußtsein wiedererlangt, kam dreimal an die Oberfläche und versuchte verzweifelt, sich zu retten, was Brader aber verhinderte, so daß Bromberger ertrank.

Opfer der See. Auf der Fahrt von Stettin nach Malmö strandete das Segelschiff „Lacelle“ aus Hamburg kurz vor der Einfahrt in den Hafen. Kapitän Krause und zwei Mann stiegen in das Rettungsboot, um den Anker auszuliegen; das Boot kenterte, und alle drei ertranken. — Der Frachtdampfer „Meluso“, in Hamburg beheimatet und auf der Reise von dort nach Groningen unterwegs, hatte auf der Höhe von Baltrum mit schweren Unwettern zu kämpfen, wobei die ganze Decksladung über Bord ging. Der Dampfer lief Norderney als Nothafen an. Auf der Höhe von Langeoog wurde vom Dampfer „Meluso“ ein kleiner Schlepper gesichtet, der sich ebenfalls in Seenot befand und manövriereunfähig war.

Eine Köpenickade mit modernen nordischen Dichtern. Einem üblen Gaunertrick sind eine Anzahl junger dänischer Dichter jetzt zum Opfer gefallen. Kürzlich schlug ein Herr Stampen, der sich Inhaber des „Skandinavischen Impresario-Büros“ nannte, einem literarischen Verein eine Dyrker-Rundreise durch Dänemark, Schweden, Norwegen vor, angeblich in der idealen Absicht, die neuzeitliche Literatur mehr bekannt zu machen. Stampen bot den jungen Dichtern Vergütungen an, die für dänische Verhältnisse recht hoch waren, so wurden einem 6000 Kronen für 30 Vorträge versprochen, einem anderen 4000 und 3000 Kronen. Dabei war der Berechnung freilich so flüchtig, als die Schriftsteller Bargeld sehen wollten, ihnen kurzerhand zu erklären, er wolle ihnen einwöchigen Anweisungen auf die Vergütungen ausstellen, einlösbar bei Rückkunft von der Rundreise. So geschah es, und es gab Verleger, die diese Anweisungen „diskontierten“. Die Presse machte auch den nötigen Tam-tam; angeblich waren an manchen Orten schon die Einladungen bis auf das letzte Stück ausverkauft. In Lund und Kopenhagen wurden die jungen Dichtern recht freundlich aufgenommen; aber als sie erst Vorträge in der Provinz halten sollten, da gab es Krach. Das Publikum blieb aus, und Herr Stampen verschwand spurlos mit dem bis dahin erzielten Kassenergebnis. Es stellte sich heraus, daß 23 von den in Aussicht genommenen 32 Orten überhaupt einen Dichterbesuch abgelehnt hatten. Die armen Dichter aber sitzen nun ganz „blank“ in Aarhus und teils in Gothenburg; sie haben die Polizei auf die Fersen des Herrn Stampen gehetzt. Aber wer zahlt nun ihre Kosten und Auslagen? Wor allem wer ersetzt die diskontierten Anweisungen??

Das kinderarme Frankreich. Die Bevölkerungsabnahme wird zu einem immer schwereren Problem. Nach der letzten Geburtsstatistik der zehn französischen Großstädte während der ersten Halbjahre 1921 und 1922 hat sich die Geburtenzahl innerhalb eines Jahres um 10 Prozent vermindert. Die

und uns irgendeinen Schmerz zu ersparen,“ sagte Rolf Irwein sinnend. „Sein Leben lag so klar vor aller Welt da, er ging so ruhig und sicher seinen Weg, er war allem Gemeinen so abhold, daß ich es gar nicht begreifen kann, wie er mit einem Gefallen von der Sorte jenes Hugo Wahr noch irgendeine Beziehung aufrecht erhalten konnte. Und doch muß eine solche die beiden verbunden haben. Und nun noch dieser Brief, den Weinhart fand und der doch auch auf ein Geheimnis in Waters Leben deutet.“

„Jedenfalls muß er demselben eine ganz besondere Bedeutung beigelegt haben,“ meinte Ernst Richter, „denn um ein Geringeres läuft ein alternder, kranklicher Mann nicht um diese Stunde bei Nacht und Nebel ins einsame Jägerhaus. Sicher war es auch nichts Geschäftliches oder etwas, das sein gewöhnliches Leben betraf, denn solche Mittelungen macht man nicht in so geheimnisvoller Weise. Am ehesten möchte ich glauben, daß sie sich auf euch Kinder oder auf einen Vorgang in deines Waters früherem Leben bezog, der uns bis jetzt noch verborgen ist.“

„Und derjenige, der diesen geheimnisvollen Brief schrieb, der diese Botschaft brachte,“ setzte Rolf hinzu, „war offenbar derselbe Mann, der sich im Gartenhaus verbarg und dessen deutliche Spuren ich und der Förster gefunden haben. Vater mußte aber von seiner Amosheit gewußt, ihn vielleicht sogar selbst verhaftet haben; denn der wahsame Hund hätte ja einen Fremden sofort gemeldet. Aber weshalb all diese Sonderbarkeiten? Wie hängt dies alles zusammen? Wie kommen alle diese Schatten in das lichte Bild meines Waters?“

„Alles dies und noch vieles andere ist ja noch dunkel und ungeläutert,“ sagte der Freund; „aber doch lebt heute ein Gefühl in mir, als sähen wir einen Schimmer von Licht in diesem Labyrinth. Also gib in Gottes Namen die Schlüssel her! Wir wollen hören, was uns dieser alte Freund und Berater zu sagen hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Gedenktafel für den 4. November.

1743 Eröffnung der Universität Erlangen — 1847 † Der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy in Leipzig (* 1809) — 1850 † Der Dichter Gustav Schwab in Stuttgart (* 1792) — 1911 Deutsch-französisches Marokkoabkommen — 1914 England übernimmt die Souveränität über Ägypten.

**Geschäftsinhaber, Handwerker
Gewerbetreibende!**

Nehmt alle Listen und sucht Euch einen Mann,
der Euch so vertreten kann wie

Syndikus Dr. Kastner!

Alle wählt **Deutsch-demokratisch**

Wählt **Dehne-Kastner-Wehrmann-Weber-Zetzschke!**

Wahlen für die zweiten Halbjahre werden noch schlechter sein, da die Zahl der Eheschließungen seit zwei Jahren rasch fällt. Sollte die Geburtenabnahme im übrigen Frankreich ebenso beträchtlich sein, so würde das einen Geburtenausfall von 80 000 Kindern für 1922 bedeuten.

Gedenktafel für den 3. November.

1500 * Der italienische Goldschmied und Bildhauer Benvenuto Cellini in Florenz († 1572) — 1595 * Kurfürst Georg Wilhelm v. Brandenburg († 1640) — 1780 Graf Friedrich v. Gr. über die Oesterreicher unter Daun bei Zengau — 1912 † Der Dichter Anton Frey v. Verfall in München (* 1853) — 1914 Erster Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die englische Ostküste — 1918 (bis 11. November) Rückzugskämpfe an der Antwerpen-Maastricht.

Beste Nachrichten

Die Russen wieder in Wladiwostok.

In einem Tagesbefehl an Armee und Flotte gibt Trotski die Einnahme Wladiwostoks durch die rote Armee bekannt. In dem Tagesbefehl wird unterstrichen, daß die Republik des fernsten Ostens Licht und Sommerfrühland ein untrennbares Ganzes bedeuten und Sowjetrußland seinen Ausgang zum Stillen Ozean wieder zurückerobern hätte.

Ueber das Schicksal der letzten antibolschewistischen Truppen und Regierung von Wladiwostok ist nicht das Geringste bekannt geworden. Es verfahren sich die Gerüchte, daß Japan und Sowjetrußland im Tschang-Tschun tatsächlich ein geheimes Vorabkommen getroffen hätten. Doch Einzelheiten über dasselbe sind allerdings noch nicht bekannt. Es verlautete bestimmt, daß sich Japan als Entgelt für die Räumung des Küstengebietes und Wladiwostoks von Sowjetrußland freie Hand in China und der Mandchurei habe zusichern lassen.

Im Zusammenhang mit der Räumung Wladiwostoks durch Japan muß auch jene Meldung gebracht werden, nach welcher neue Verhandlungen mit Sowjetrußland hinsichtlich eines Handelsabkommens vor der Tür stehen.

Wie die Gleichberechtigung der Deutschen in Tschechien aussieht.

Im neuen Budget für die Tschecho-Slowakei sind für die tschechische Universität in Prag 23,5 Millionen, für die deutsche Universität 1,9 Millionen Kronen eingestellt. Die tschechische Technik partizipiert mit 10 540 000, die deutsche mit 2,8 Millionen Kronen. Die deutsche Staatsgewerkschaft in Pilsen, der das neue deutsche Gebäude zugunsten tschechischer Zwecke weggenommen wurde (das Gebäude repräsentiert einen Wert von 7 Millionen), erhält eine Entschädigung von 100 000 Kronen. Auf tschechische Mittelschulneubauten entfallen 9 150 000 Kronen, auf deutsche — 0 Kronen.

Sächsisches.

150fache Hotelpreise. Der Verband deutscher Hotelbesitzervereine, der zurzeit in Dresden tagt, legte als Mindestpreis für ein Zimmer das 150fache des Friedenspreises als Grundpreis fest, also ohne Bedienungsgeld und Steuern. Ferner beschloß man, für Heizung einen Preis von 10 Kilogramm Koks als Mindestgrundlage für die Berechnung zu wählen. Weiter will der Verband darauf hinwirken, daß die Grundsätze für die gemeindlichen Beherbergungssteuern im ganzen Reich vereinheitlicht werden und daß die Abgabe höchstens 15 Prozent des reinen Zimmerpreises betragen darf. Endlich wünschte man eine einheitliche Regelung des Ausländerverkehrs und der gastwirtschaftlichen Besteuerung von Reichs wegen.

Einschränkung der Abwanderung von Landarbeitern. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) hat folgenden Rundschreiben an die Landesämter für Arbeitsvermittlung betr. Abwanderung von Landarbeitern in die Industrie gerichtet: „Aus den Kreisen der Landwirtschaft mehren sich die Klagen über die zunehmende Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industrie, wodurch die Betriebsführung und Produktion auf das empfindlichste gestört werden. Auch wird durch diese Abwanderung die Einschränkung der Ausländerarbeit erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ich bitte daher die öffentlichen Arbeitsnachweise eindringlichst darauf hinzuweisen, daß sie durch Beeinflussung der Arbeitssuchenden und der gewerblichen Arbeitgeber der Landflucht möglichst entgegenwirken, damit eine Vermittlung landwirtschaftlicher Betriebe nur dann erfolgt, wenn weder im Bezirk des Arbeitsnachweises noch im zwischenörtlichen Ausgleiche eine Unterbringung des Arbeiters in der Landwirtschaft möglich ist.“

Die Vergütung für unbenutzte Eisenbahnfahrkarten. Es kommt häufig vor, daß Fahrkarten zu einer beabsichtigten Reise nicht benutzt werden; für solche Fahrkarten wird der Kaufpreis ohne weiteres zurück erstattet, wenn die unbenutzte und ungelochte Fahrkarte noch vor Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer an einem Schalter des Abgangsbahnhofes vorgelegt wird. Bereits gelochte Fahrkarten, mit denen die Bahnhofsbesitzer schon passiert ist, werden jedoch nicht ohne weiteres zurückgenommen; für diese Fahrkarten muß eine Bescheinigung des Bahnhofsvorstehers eingeholt werden, daß die „Karte zur Fahrt nicht benutzt“ wurde;

Wer tritt das religiöse Empfinden des sächsischen Volkes mit Füßen?

Kultusminister Fleißner!

Wer schätzt Religion und Kirche vor Vergewaltigung?

Die

Deutsche demokratische Partei

Wählt Bitte

**Dehne, Kastner, Wastor,
Wehrmann, Weber, Zetzschke!**

juene Fahrarten sind ebenso wie unbenutzte Fahrarten, deren Gültigkeitsdauer bereits abgelaufen ist, an das zuständige Eisenbahn-Betriebsamt einzureichen. Nun ist die Eisenbahn nicht verpflichtet, den Betrag für unbenutzte Fahrarten zu vergüten, wenn der Grund für eine unterbliebene Reise bei dem Reisenden liegt; außerdem erfordert die Nachprüfung, ob die Fahrkarte tatsächlich nicht benutzt wurde, zuweilen zeitraubende Arbeit, so daß derartige Erstattungsanträge stets „einige Zeit“ auf Erledigung warten lassen. — Wenn die Eisenbahnbehörde schon selbst „einige Zeit“ sagt, dann kann man sich auf einige Monate gefaßt machen.

Dresden. Wie kaum anders zu erwarten, kommt nach nur kurzem Bestehen des jetzigen Tarifs (er ist am 8. Oktober in Kraft getreten) schon wieder die Ankündigung einer abermaligen Fahrpreiserhöhung, denn nichts anderes bedeutet die vom Rate beabsichtigte Kündigung von Straßenbahnfahrarten.

Dresden. Am Mittwoch, dem katholischen Feste Allerheiligen, haben die Katholiken Dresdens an ihrem alten Rechte festgehalten, wonach an diesem Tage die Kinder vom Schulbesuch befreit sind. Sie haben als Protest gegen die Schulerlasse des Kultusministeriums ihre Kinder nicht zur Schule gehen lassen und in sämtlichen katholischen Schulen Dresdens konnte kein Unterricht abgehalten werden. Dasselbe wird von Leipzig berichtet. In einer dortigen Schule waren von etwa 500 Kindern nur 5 zum Unterricht erschienen.

Aus Vlasewitz wird berichtet: Preiserhöhungen Tag für Tag. Im Schaufenster einer hiesigen Tabak- und Zigarrenhandlung lagen an einem Tage der vorigen Woche Tabakpakete zu 100 Gramm aus mit der Aufschrift: „Nur solange der Vorrat reicht, 60 M.“ Der Tabak wurde viel gehauft. Am folgenden Tage war die Aufschrift beseitigt, der Tabak kostete 80 M., obgleich noch genug Vorrat vorhanden war. — Im Schaufenster eines Produktengeschäfts lag Camembert-Käse für 19 M. Plötzlich erschien eine Hand im Fenster, ergriff den Preiszettel und steckte einen anderen darauf, auf dem 30 M. zu lesen war.

Niesla. In einer außerordentlichen Generalversammlung haben die Mitglieder der Molkereigenossenschaft Niesla einstimmig beschlossen, monatlich einen Betrag von circa 100 000 M. zur Verbilligung der Milch für Minderbemittelte in den Gemeinden Niesla, Oröba und Neumaida (dem Abgabebiet der Molkerei) zur Verfügung zu stellen.

Leipzig. Die Botin eines hiesigen Geschäfts wurde am Eingange eines Hauses der belebten Wäckerstraße von zwei Männern überfallen. Während der eine sie über den Kopf schlug, würgte der andere sie am Hals. Dabei wurde ihr die Geldtasche geraubt, in der sich die Einnahmen für ausgelegene Butter befanden.

Bad Lausick. Hier wurde unter dem Vorhange des Bürgermeisters Lunge eine Seidenraupenzüchter-Vereinigung gegründet. Der Verein soll durch gerichtliche Eintragung die Rechte einer juristischen Person haben. Der Jahresbeitrag wurde für aktive Mitglieder auf 120 M. und für unterstützende Mitglieder auf 200 M. festgesetzt. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 55.

Rochlitz. Der hiesige Artzergewerbeverein beging die Feier seines 50jährigen Bestehens und verband damit die Weihe eines Ehrenmaltes für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden.

Chemnitz. Wegen Unterschlagung in Höhe von über einer halben Million Mark zum Nachteil einer hiesigen Lebensmittelgroßhandlung hat sich ein Handlungsgehilfe und Reisender erschossen. Das Geld soll er in leichter Gesellschaft verthan haben.

Ermsdorf. Zur Förderung des Sparfusses hat der Rat beschlossen, jedem hier geborenen Kinde ein Geschenk in Form eines Erinnerungsblattes mit angefügtem Gutschein über 3 M. zu gewähren.

Zwickau. In der Nacht zum Dienstag gegen 1/2 1 Uhr ist an der Reinsdorfer Straße hinter dem Gasthaus „zum Paradies“ einem jungen Mädchen eine wertvolle Pelzboa aus Fuchsschwarz geraubt worden. Als Räuber kamen zwei Männer in Betracht. Einer ist an die junge Dame herangetreten, hat sie von hinten am Hals gewürgt und gesagt: „Jetzt tun Sie Ihre Poa ab, geben aber keinen Laut von sich, sonst geben wir auf's Neueste.“ Einer der Räuber soll groß und schlank gewesen sein, schmales Gesicht gehabt und dunklen Leberleber getragen haben, der andere soll etwas kleiner gewesen sein. Die dreifachen Wurfchen konnten noch nicht ermittelt werden.

Zwickau. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Not, welche über einen größeren Teil unserer Mitbürger hereingebrochen ist (etwa 600 Personen können kaum das Nötigste beschaffen), wird jetzt in unserer Stadt eine Hilfsaktion eingeleitet. Hierzu hat in den letzten Tagen ein in Amerika ansässiger kaltensteiner Zeitungsverleger den ansehnlichen Betrag von 450 000 M. an Stadtverordnetenvorsitzer Nolte in höchstherziger Weise eingesandt. — Die Stadtverordnetenwahl findet in unserer Stadt am Sonntag den 19. November statt.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden.

Auftrieb: Ochsen 4, Bullen 18, Kalben und Kühe 31, Kälber 303, Schafe 53, Schweine 156, insgesamt 565. Preise: Montagspreis. Kälber: 1. —, 2. 24 500—25 000 (39 925), 3. 23 500—24 000 (39 600), 4. 22—23 000 (39 600). Schafe: Montagspreis. Schweine: 1. 39 500—46 000 (50 975), 2. 43—44 000 (54 375), 3. 36—38 000 (49 350), 4. 25—32 000 (40 725), 5. 26—33 000 (39 350). Ueberstand 17 Rinder, davon 1 Ochse, 10 Bullen, 6 Kühe. Geschäftsgang: in Kälbern glatt, Schweine langsam. Ausnahmepreise über Notz.

Kirchen-Nachrichten.

21. Sonntag nach Trinitatis, den 5. November 1922. Lekt: Eph. 6, 10—17. — Lied: 417. Dippoldiswalde. 8 Uhr Weihe und heiliges Abendmahl; Sup. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Rosen. 11 Uhr Kindergottesdienst (1. Abl.): Sup. Michael.

**Beamte! Arbeiter!
Angestellte!**

Die Männer Eures Vertrauens sind

Oberverwaltungsinspektor Weber und
Gewerkschaftssekretär Zetzschke

Wählt Bitte

Dehne-Kastner-Wehrmann-Weber-Zetzschke

Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Schönfeld. 9 Uhr Lesegottesdienst.
Johnsbach. 1/2 9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
1/2 2 Uhr Jugendgottesdienst (Jungfrauen).
Kipsdorf. 11 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Friedrich.
Kreisch. 8 Uhr Weihe und Feier des heiligen Abendmahls.
9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.
Pöschendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst; im Anschluß daran Weihe und Abendmahlfeier; Pfarrer Rabler. 2 Uhr Taufgottesdienst.
Reinhardtsgrimma. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Reichstädt. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Ruppendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
Schmieberg. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Unterredung mit der konfirmierten männlichen und weiblichen Jugend.

Montag den 5. November 1922 — Kirchweihfeste.
Dippoldiswalde. 9 Uhr Predigtgottesdienst; Sup. Michael. — Kollekte für das unangesehene werdende Kirchgemeindevermögen.
Hennersdorf. 9 Uhr Kirchweihfest.
Pöschendorf. Kirchweihfest. 9 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Rabler.
Ruppendorf. Kirchweihfest. 9 Uhr Festgottesdienst. (Violinolo: Karo von Händel — Andante von Gluck. Frl. Emmy Kremz aus Dresden.)

Baptistengemeinde Schmieberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9 1/2 Uhr Gottesdienst. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 4 1/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

Wettervorhersage.

- 5. Nov.: Veränderlich, kalt.
- 6. Nov.: Veränderlich, Niederschläge, normal temperiert.
- 7. Nov.: Wenig verändert.
- 8. Nov.: Wolken, teils Sonne, ziemlich kalt, frühweil Niedererschlag.
- 9. Nov.: Vielfach bedeckt, nachhalt, Niederschlag.
- 10. Nov.: Wenig verändert, milde.
- 11. Nov.: Veränderlich, vielfach Sonne, ziemlich milde.

Am heutigen Tage eröffne ich meine
Färberei und Wäscherei
Dippoldiswalde, Obertorplatz 146
und bitte die geehrten Einwohner von Dippoldiswalde und Umgebung gütigst in meinem neuen Unternehmen unterstützen zu wollen.
Kleider werden zum Flacke Ausputzen und Aufbügeln angenommen
Saubere und schnellste Ausführung der Aufträge sichere ich zu.
Dippoldiswalde, 1. November. **Paul Richter.**

Infolge der abermaligen Bierpreiserhöhung von fetten der Brauereien um 100 % sehen wir uns veranlaßt, die Ausschankpreise wie folgt festzusetzen: :

**hiesige Vollbiere Glas 45 M.,
Schnitt 30 M.**
Der Gastwirtsverein
Dippoldiswalde.
Der Saalinhaber-Verband
1 d Amtsh Dippoldisw.

Die höchsten Preise für
**Häute und
Felle**
zählt
**Bernhard Arnold,
Lobgaberel, Gerberplatz**
Ein Rennschlitten
gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Wer te Offerten mit Preis bitte unter „Schlitten“ in der Geschäftsstelle niederzulegen.
Bisitenkarten :: C. Jehne

Wir geben für Adhörer
Wochenkarten
für 6 Nummern der „Weißeritz-Zeitung“ zum Preise von 50 Mark aus, die an jedem Tage entnommen werden können. — Einzel-Nr. 10. —
Verlag der „Weißeritz-Zeitung“

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Gatten und Baters
Fr edrich August Zimmermann
lagen in allen Hertenach unsern herzlichsten Dank.
Rheinholdsbahn am Begräbnisort.
Ernestine verw Zimmermann, geb. Schinke, nebst Kindern